Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 50 (1958)

Heft: 5

Artikel: Puerto Rico im Aufstieg ; Muñoz-Maríns fortschrittliche Sozialpolitik

Autor: Bloch, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353845

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

damit ein jeder wieder zu seiner Habe komme und Ungerechtigkeiten beseitigt werden (3. Mose 52, 10). Und wie Jesus über den Reichtum dachte, ist uns bekannt.

Es ist hier nicht der Ort, diese Fragen einläßlich zu erörtern. Allein das Thema des Kirchensonntags soll für jedermann, der sich zum Christentum bekennt, ein *Mahnruf* sein. Wir alle müssen uns fragen, ob wir nicht oft in Gefahr sind, dem Götzen Mammon zu verfallen und um Geldes willen einem Nächsten Unrecht zu tun, und wäre es auch nur mit Worten. An uns alle geht ferner die Mahnung, auch als Staatsbürger unsere Pflicht zu erfüllen und uns dafür einzusetzen, daß den christlichen Geboten auch in Gesellschaft und Staat Nachachtung verschafft wird.

Niemand kann zwei Herren dienen. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon. *Max Weber.*

Puerto Rico im Aufstieg — Muñoz-Maríns fortschrittliche Sozialpolitik

Die westindische Insel Puerto Rico, eine der Großen Antillen, wurde 1493 von Kolumbus entdeckt, war bis 1813 spanische Kolonie, dann spanische Provinz wie die des Mutterlandes. 1897 erlangte *Luis Muños-Rivera,* der Vater des jetzigen Gouverneurs, für Puerto Rico einen Dominionstatus unter der spanischen Krone; doch schon im folgenden Jahre mußte Spanien die Insel an die Vereinigten Staaten abtreten. Ihre Lage als eine Art amerikanische Kolonie ließ vieles zu wünschen übrig. 1917 gewährten die USA dank den Bemühungen Muñoz-Riveras, des «George Washington von Puerto Rico», den Portoricanern das amerikanische Bürgerrecht und einige andere Verbesserungen. Doch erst 1948 wählte das portoricanische Volk zum erstenmal seinen Gouverneur; Puerto Rico wurde autonom, und seine neue Verfassung trat 1952 in Kraft. Das Land ist nunmehr selbständig in seinen inneren Angelegenheiten und mit den Vereinigten Staaten freiwillig verbunden. Seine Einwohner sind weiter Bürger der USA, nehmen aber an den Wahlen des Kongresses und des Präsidenten nicht teil, da Puerto Rico keiner der 48 «Staaten» ist. Nach anglo-amerikanischem Verfassungsrecht bedingt das Fehlen einer Vertretung im Bundesparlament die Befreiung von der Bundeseinkommenssteuer – ein wichtiger Faktor für Puerto Ricos Wirtschaft, wie wir sehen werden.

Puerto Rico gehört zu den am dichtesten bevölkerten Gebieten der Erde, weist es doch rund 2¼ Millionen Einwohner bei einer Ausdehnung von 8896 Quadratkilometern auf. (Bevölkerungszuwachs seit 1930 rund 1¼ Millionen! In Neuyork leben heute 500 000 portoricanische Einwanderer.) Bis vor etwa zehn Jahren hing die Wirt-

schaft des Landes fast völlig vom Verkauf seiner Zuckerproduktion ab; eine geringfügige Industrie beschäftigte 1947 nur einige Tausende. Das Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung belief sich 1940 auf nur 122 Dollar im Jahr. Die Massenarbeitslosigkeit schien hoffnungslos unabänderlich.

Heute ist Puerto Rico das fortschrittlichste Land Lateinamerikas. 500 neue Fabriken beschäftigen zirka 40 000 Personen und haben die wirtschaftliche Struktur der Insel wesentlich verändert. Die Arbreitslosigkeit stellt noch immer ein Problem dar; die Auswanderung nach Neuyork kam deshalb noch nicht zum Stillstand, wird aber in dem Maße abnehmen, wie die Industrialisierung weiter zunimmt. Schon jetzt liegt in Puerto Rico der durchschnittliche Lebensstandard doppelt so hoch wie 1940; die früher häufige Malaria ist fast verschwunden, die Sterblichkeitsziffer von 18,4 pro 1000 im Jahre 1940 auf 7,3 im Jahre 1956 zurückgegangen und damit niedriger als in den kontinentalen USA! Das bedrückende Elend von früher ist einer Atmosphäre der Hoffnung gewichen; und Sachverständige aus mehreren Ländern studieren Puerto Ricos Wirtschafts- und Sozialpolitik, die so eindrucksvolle Ergebnisse zeigt. Verglichen mit der Schweiz oder den kontinentalen USA, ist Puerto Rico noch immer ein recht armes Land, aber der seit 1948 durchlaufene Weg ungeheuer; und das Volk spürt, es geht weiter aufwärts.

Luis Muñoz-Marín

Wenn wir die Sozial- und Wirtschaftspolitik untersuchen, die sich in Puerto Rico derart günstig auswirkt, dann müssen wir erst kurz den Mann anschauen, der sie in erster Linie entworfen und zur Wirklichkeit gemacht hat. Luis Muñoz-Marín wurde am 18. Februar 1898 geboren, studierte an der Universität von Georgetown (USA), arbeitete von 1916 bis 1918 als Sekretär bei der Washingtoner Vertretung seines Landes, war von 1918 bis 1919 Redaktor einer panamerikanischen kulturellen Zeitschrift. Er trat als begabter Dichter hervor und lebte eine Zeitlang in Neuyorks Künstlerviertel Greenwich Village.

Schon früh interessierte sich der Patriziersohn Muñoz-Marín für soziale Fragen, für die Arbeiterbewegung und die Bewegung für lateinamerikanische Einheit und gab in diesem Sinne die Zeitung «La Democracia» heraus. Er studierte die Probleme des armen portoricanischen Kleinbauern und des Landarbeiters. 1938 gründete er die «Demokratische Volkspartei», die sicherlich auch von Roosevelts «New Deal» beeinflußt wurde.

Bis dahin hatte man in Puerto Rico hauptsächlich erörtert, ob man völlige Unabhängigkeit anstreben solle oder den Status eines Bundesstaates der USA. Muñoz-Marín wies darauf hin, zuerst müsse man sich um die wirtschaftlich-soziale Hebung des Landes kümmern. Die Frage des Statuts sei nicht die dringendste. Er wandte sich ferner

gegen Demagogie und Korruption. Sein Programm hatte Erfolg: 1941 wurde er zum Präsidenten des portoricanischen Senats gewählt, 1948 zum Gouverneur von Puerto Rico; und seither ist er zweimal mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt worden.

Einem Vertreter der Zeitschrift «Life» hat Muñoz-Marín erklärt, er verwende heutzutage viel Zeit darauf, weniger Stimmen bei den Wahlen zu erhalten, weil er nicht wolle, daß man in Puerto Rico von politischen Führern in paternalistischen Begriffen denke... Der breitschultrige, liebenswürdig-entgegenkommende, geistreich-humorvolle Gouverneur ist ein aufrichtig demokratischer Staatsmann: Welch ein Gegensatz zu den Diktatoren von San Domingo, Kuba und Venezuela! Puerto Rico genießt völlige Freiheit des politischen Lebens.

Muñoz-Marín ist ein Freund der Arbeiterschaft, enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ein wichtiger Teil seiner Sozialpolitik. Neue Gewerkschaften oder Gewerkschaftssektionen finden von Seiten der portoricanischen Regierung einen ebenso warmen Empfang wie neue Industrieunternehmen.

Das Industrialisierungsprogramm

Schon 1940 begann die damalige Landesverwaltung, eine Industrialisierung Puerto Ricos anzustreben. Doch erst nach dem Kriege nahm diese einen schnelleren Rhythmus und ihre heutigen Methoden an. Seit 1946 geht es um die Anlockung amerikanischen Kapitals, – aber nicht um jeden Preis.

Unternehmen und Einzelpersonen zahlen in Puerto Rico keine Bundeseinkommenssteuer. Außerdem gewährt die portoricanische Regierung allen neuen Fabriken oder Hotels, die gewisse Bedindungen erfüllen, Befreiung von allen Landessteuern für zehn Jahre. Puerto Ricos Behörde für wirtschaftliche Entwicklung (EDA) baut sogar neue Musterfabriken und vermietet sie an Unternehmer, die einen Betrieb in dem Inselland eröffnen wollen. Die von der EDA errichteten Fabriken gehören sicherlich zu den gesündesten, hygienisch einwandfreisten Arbeitsplätzen der amerikanischen Industrie. In kleinen Städten und ländlichen Gegenden sind die Mieten niedriger, um eine allzu einseitige Konzentrierung zu vermeiden, eine Verteilung der Industrie auf alle Bezirke zu ermutigen. Die EDA berücksichtigt bei der Errichtung von Spezialgebäuden die Wünsche der zukünftigen Mieter. Auch das Luxushotel Caribe-Hilton hat sie erbaut und dann an die Hilton-Gesellschaft verpachtet. (Dieses Hotel hat beträchtlich zur Belebung des Fremdenverkehrs beigetragen.)

Während aber die Südstaaten der USA Industrielle mit niedrigeren Löhnen und gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen anlocken, unterstreicht die portoricanische Regierung aufs deutlichste, daß sie von

der Steuerfreiheit solche Unternehmen ausschließt, die vor den höheren Löhnen und den Gewerkschaften des Festlandes davonlaufen. Fabriken, die vom Festland nach Puerto Rico verlegt werden, finden dort keine freundliche Aufnahme; denn die portoricanische Regierung will nicht, daß ihr Industrialisierungsprogramm irgendeinen Arbeiter auf dem amerikanischen Festland seiner Stelle beraubt. «Puerto Rico hat keine Absicht, Industrien von irgendwo fortzulocken», sagt Muñoz-Marín. «Davonlaufenden Fabriken gewähren wir keine Steuervergünstigungen.»

Erwünscht sind nur solche neuen Fabriken, die wirklich neu und nicht einfach von anderen Gegenden nach Puerto Rico verlegt sind. Gewünscht ist also die Eröffnung von portoricanischen Zweigfabriken amerikanischer und ausländischer Firmen, die damit tatsächlich zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und ihre Produktion erhöhen, nicht aber andere Fabriken dafür schließen.

Bis jetzt liegen die Löhne in Puerto Rico noch bedeutend niedriger als in den kontinentalen USA. Der Portoricaner erhält vielfach für seine Arbeit ein Drittel des Lohnes, den die gleiche Arbeit ihm auf dem Festland eintrüge. Aber von je acht Arbeitern ist noch immer einer arbeitslos; und die Aufgabe, neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist so dringend, daß der gesetzliche Mindestlohn für die USA in Puerto Rico nicht zur Anwendung kommt und statt dessen die Mindestlöhne für Puerto Rico auf Grund der Zahlungsfähigkeit seiner neuen Industrien jeweils nach Beratungen zwischen Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer und der Oeffentlichkeit, welche das amerikanische Arbeitsministerium ernennt, bestimmt werden. Diese Ausschüsse setzen jedes Jahr die Mindestlöhne für jeden Industriezweig Puerto Ricos aufs neue fest; und zwar so, daß dadurch eine wesentliche Verminderung der Arbeitsplätze ebenso verhindert wird wie eine unfaire Unterbietung von Firmen in den kontinentalen USA. Allerdings hat Puerto Ricos Parlament das Recht, die von ihm selbst festgelegten Mindestlöhne auch in der Industrie zur Anwendung bringen zu lassen, wenn sie die von den Ausschüssen des amerikanischen Arbeitsministeriums festgelegten übertreffen.

Nicht die niedrigeren Löhne, sondern die Steuerfreiheit soll die Hauptanziehung Puerto Ricos für Unternehmer bilden. Die portoricanische Regierung hilft ihnen ferner mit Gebäuden, langfristigen Anleihen und mit ihrem Programm für die Berufsausbildung der Arbeiter. Aber sie läßt keinen Zweifel über ihr Ziel der weiteren Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung, über die Notwendigkeit steigender Löhne. Der Fabrikant soll nicht mit der Illusion kommen, es würden ihm niedrig bleibende Löhne garantiert. Gerade der Hebung des Lebensstandards, einem steigenden Volkswohlstand soll ja die Industrialisierung dienen!

Puerto Ricos Frauen weisen durch die altspanische Tradition kunstvoller Nadelarbeiten eine bemerkenswerte Handgeschicklich-

keit auf [1]. Es ist nicht verwunderlich, daß die verschiedenen Zweige des Bekleidungsgewerbes sich ausgebreitet haben. Zum Beispiel zählt die Insel jetzt 22 Strickwarenfabriken; die Sweaterherstellung ist eine portoricanische Spezialität geworden; und weitere Strickwarenfabrikanten sollen zur Eröffnung portoricanischer Zweigfabriken gewonnen werden. Puerto Ricos Industrie umfaßt indes alle möglichen Gebiete, so zum Beispiel Werkzeuge, elektrische Apparate, Chemikalien, Meßinstrumente, Metallwaren, Oelraffinerien, optische Linsen, plastische Materialien, Radio- und Fernsehteile, Flugzeug- und Autoteile, Gummiwaren, Papier, Schuhe, Schmuck, Zigarren, Süßigkeiten, Rum, sonstige Zuckerprodukte usw. Eine Anzahl führender amerikanischer Firmen haben in Puerto Rico Zweigbetriebe eingerichtet.

«Wir suchen auch europäische Firmen zur Schaffung von Zweigfabriken in Puerto Rico zu ermutigen. Es liegt uns dabei in erster Linie nicht so sehr an europäischem Kapital, denn Kapital bekommen wir», erklärte mir Gouverneur Muñoz-Marín, «sondern an den technischen Erfahrungen der Schweiz, Deutschlands, Frankreichs und anderer Länder. Wir möchten in unserer Industrie eine Kreuzung der industriellen Methoden Amerikas begünstigen.» – Es ist sicher, daß schweizerische Firmen und Fachleute (auch des Hotelgewerbes) in Puerto Rico lohnende Aussichten finden könnten. Man bedenke, daß europäische Firmen, die sich einen Anteil am Markt der USA schaffen wollen, dies von Puerto Rico aus leichter erreichen würden: Eine Zweigfabrik in Puerto Rico würde ihnen gestatten, mit niedrigeren Transportkosten und ohne Zollzahlungen bei Lieferungen nach den USA steuerfrei für den amerikanischen Markt zu produzieren. Europäischen Firmen, die an Dollarknappheit leiden, kommt bei der Finanzierung die portoricanische Regierung mit langfristigen Anleihen entgegen. Sie hilft auch bei der Gründung von Hotels und Restaurants für den steigenden, durch die Casals-Musikfestspiele besonders geförderten Fremdenverkehr der sehenswert schönen Insel.

1956 bereisten zwei der Direktoren der EDA, John I. Snyder und Dr. Walter K. Joelson, die Schweiz und andere europäische Länder, um Kontakte herzustellen. Die Deutsche Waren-Treuhand-Aktiengesellschaft (Frankfurt a. M., Schaumainkai 89–91) wurde mit der Vertretung des portoricanischen Industrialisierungsprogramms in Europa beauftragt.

Eine Umfrage der Universität von Puerto Rico unter 1045 Fabrikarbeitern ergab, daß neun Zehntel der früheren Landarbeiter ihre jetzige Fabrikarbeit vorziehen und daß über 99 Prozent ein weiteres Ansteigen der Industrialisierung befürworten. Ohne Muñoz-Marins

---

[1] Nadelarbeiten, einschließlich Heimarbeit, beschäftigen über 70 000 Personen.

fortschrittliche Sozialpolitik wäre die Industrialisierung vermutlich weniger populär.

Schulwesen und Sozialmaßnahmen

Puerto Rico gibt für seine Schulen und Berufsschulen einen größeren Teil seines Budgets aus als irgendein Bundesstaat der USA, nämlich einen Viertel – fünfmal soviel wie 1940. Die Zahl der Analphabeten sank von 32 Prozent der Bevölkerung im Jahre 1940 auf 18 Prozent im Jahre 1957. Das Land besitzt heute fünf Hochschulen, unter denen die Universität von Puerto Rico wohl das wichtigste Kulturzentrum Westindiens darstellt.

Mit der Industrialisierung geht eine entsprechende Berufsschulung zusammen. Die Hauptstadt San Juan besitzt eine der größten und modernsten Berufsschulen der Erde. In ihr werden 15 000 Personen unterrichtet. In den übrigen Teilen der Insel gibt es elf öffentliche (sämtlich unentgeltliche) höhere Berufsschulen für 6500 Schüler und Schülerinnen jährlich. Unter dem Regierungsprogramm für die Berufsausbildung wurden bis jetzt ungefähr 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen für 26 verschiedene Berufe geschult, zum Teil durch Schnellkurse (von einer Woche bis zu einem halben Jahr) für neue Industrien. Amerikanische Direktoren portoricanischer Fabriken bestätigen, das Ergebnis sei hervorragend.

Daß die öffentliche Gesundheitspflege [2] der Regierung Muñoz-Marín durchgreifende Ergebnisse zeitigt, wurde bereits angedeutet: Jene Krankheiten, die einst eine Plage des Landes waren, sind faktisch verschwunden bzw. im Rückgang. Der soziale Haus- und Wohnungsbau hat gleichfalls zur Umwandlung der sozialen Lage Puerto Ricos beigetragen. Dem Bau von Riesenmietskasernen amerikanischer Art zieht man in Puerto Rico meist kleinere Wohngebäude und Arbeitereigenheime vor. Mustersiedlungen für Arbeiter haben viele der früheren Elendsviertel ersetzt. In der Hauptstadt San Juan hat sich die Bürgermeisterin, *Doña Felisa Rincon de Gautier*, erhebliche Verdienste um Sozialmaßnahmen und Wohnungsbau erworben. Gewiß gibt es besonders auf dem Lande, wo mehr als 60 Prozent der Bevölkerung leben, noch viele ungenügende Hütten. Aber ein gewaltiges Projekt für den ländlichen Hausbau ist in Ausführung begriffen.

Nach nordamerikanischem oder europäischem Maßstab umfassen Mittelstand und Besitzbürgertum in Puerto Rico zusammen nur zehn Prozent der Einwohner. Ein Anwachsen des Mittelstandes ist wahrscheinlich. Was die Aermsten der Armen anbetrifft, so sind für sie kleine, aber solide Einfamilienhäuser in beträchtlicher Zahl erstellt

---

[2] 24,8 Prozent des Budgets werden für Volksgesundheit und Wohlfahrtspflege aufgewendet.

worden; und sie erhalten Unterstützungen unter anderem in Lebensmitteln sowie kleinere Geldbeträge. Vor allem bot das 1941 auf Betreiben von Muñoz-Marins Demokratischer Volkspartei in Kraft getretene Landgesetz eine Handhabe, die Armut auf dem Lande zu bekämpfen. Es gestattet der Regierung, gegen eine gerechte Entschädigung allen Grundbesitz landwirtschaftlicher Gesellschaften zu erwerben, der über 500 Acres (zirka 200 Hektar) hinausgeht. Die portoricanische Landbehörde hat das so erworbene Land für die Ansiedlung landloser Familien auf kleinen Grundstücken verwendet; für kleinere Farmen, die von einer Familie betrieben werden können sowie für größere Zuckerfarmen, die sie erfahrenen Kräften anvertraut, welche ihren Lohn als Vorschuß auf ihren Anteil am Gewinn beziehen und den Gewinn dann nach Abzug der Spesen, Reserven usw. jeweils unter sich verteilen. 1954 gab es bereits 83 solche genossenschaftliche Farmen. Das Pächtertum ist durch Muñoz-Marins Agrarpolitik zurückgegangen: Schon 1950 wurden 94 Prozent aller Farmen von ihren Eigentümern betrieben.

Die Sozialgesetze umfassen unter anderem die Entschädigung von Arbeitern bei Unfällen, die Zahlung des halben Lohnes an werdende und stillende Mütter vier Wochen vor und vier Wochen nach der Entbindung, die Zahlung einer Abgangsentschädigung an alle unverschuldet entlassenen Arbeiter (Saisonarbeiter ausgenommen) im Ausmaß eines Monatsgehaltes.

Die Gewerkschaften

Die Arbeiterbewegung hat in Puerto Rico eine 85jährige Tradition. (Von den Pionieren des Gewerkschaftswesens der Insel sei *Santiago Iglesias* genannt.) Gegenwärtig zählen die Gewerkschaften von Puerto Rico 227 000 Mitglieder, das heißt rund 35 Prozent der Arbeiterschaft. Die Arbeitersolidarität wird dadurch erleichtert, daß es dort keine Diskriminierung der Weißen gegen die Farbigen gibt, die etwa ein Fünftel der Bevölkerung bilden. Zurzeit bestehen in Puerto Rico acht Gewerkschaften der AFL-CIO und mehrere unabhängige Gewerkschaften. In der portoricanischen Verfassung von 1952 sind das Recht auf gewerkschaftliche Vereinigung, kollektives Verhandeln mit den Unternehmern und das Streickrecht ausdrücklich garantiert. Der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeitsfragen im portoricanischen Abgeordnetenhaus ist *Armando Sanchez,* der Präsident der Gewerkschaft der Zuckerarbeiter. In Puerto Ricos Oberhaus finden wir unter anderen Senator *Hipolito Marcano,* den Präsidenten des portoricanischen Gewerkschaftsbundes (AFL-CIO). Der gesetzgeberischen Tätigkeit der Gewerkschaftsvertreter wird viel Beachtung geschenkt.

Trotz der Gewerkschaftsfreundlichkeit der portoricanischen Regierung haben (wie die amerikanische Zeitschrift «Business Week» am

21. September 1957 berichtete) einige Unternehmer gedroht, sie würden ihre portoricanischen Fabriken wieder schließen, wenn sich die Arbeiter gewerkschaftlich organisierten; und diese Drohungen haben tatsächlich manchen Arbeiter von den Gewerkschaften ferngehalten. Noch ist ja die Arbeitslosigkeit ein Problem; und die Furcht vor dem Verlust seines Arbeitsplatzes ist bei dem portoricanischen Fabrikarbeiter daher lebhaft. Außerdem gilt es oft, neu in die Industrie eingetretene Arbeiter erst für den Gewerkschaftsgedanken zu gewinnen. Nichtsdestoweniger schreiten die Gewerkschaften Puerto Ricos entschieden vorwärts. Und ihr wirklicher Einfluß ist weit größer, als ihre bisherige zahlenmäßige Stärke vermuten läßt. Zahlenmäßig am stärksten ist in Puerto Rico die Gewerkschaft der Zuckerarbeiter (20 000 Mitglieder), welche zur amerikanischen Konservenarbeitergewerkschaft (United Packinghouse Workers) gehört. Den schnellsten Fortschritt hat bis jetzt die Gewerkschaft der Damenkonfektionsindustrie (ILGWU) gemacht. Die Gewerkschaft der Hafenarbeiter (IBL) ist ein wichtiger Faktor für das Ansteigen der Löhne in Puerto Rico.

Die Stellung der ILGWU in der Neuyorker Konfektion ist so fest, daß sie durch friedlichen Druck auf die Neuyorker Konfektionsfabrikanten, die Zweigfabriken in Puerto Rico eröffneten, von vornherein die gewerkschaftliche Organisierung der neuen Fabriken durchsetzen konnte. Vier Monate nachdem der ILGWU-Vertreter *Robert Gladnik* sein Büro in San Juan bezog, erreichten die Vertreter der ILGWU unter ihrem Gewerkschaftspräsidenten, *David Dubinsky*, in einem Ausschuß des amerikanischen Arbeitsministeriums eine Heraufsetzung des Mindestlohnes in der portoricanischen Büstenhalterindustrie von 55 auf 70 Cents pro Stunde. Das war im Januar 1956. Gleich darauf unterzeichnete die Gewerkschaft ein Lohnabkommen mit 16 Firmen, das für vier Jahre den Arbeitern und Arbeiterinnen in Puerto Ricos Büstenhalterfabriken 5 Cents mehr pro Stunde als den Mindestlohn sichert. Auch bei weiterer Erhöhung des amtlichen Mindestlohns innerhalb der vier Jahre muß auf Grund des Abkommens der Lohn in den Büstenhalterfabriken den Mindestlohn immer um 5 Cents pro Stunde übersteigen. Aktionen wie die der ILGWU fördern natürlich den Gewerkschaftsgedanken.

Ebenso muß der Erfolg der Hafenarbeitergewerkschaft den noch unorganisierten Arbeitern zu denken geben. In San Juan beträgt der Grundlohn des Hafenarbeiters ab 1. Januar 1958 1 Dollar 69 Cents pro Stunde, bei der Zuckerverladung in der neuen Verladungsanlage sogar 2 Dollar pro Stunde – dreimal soviel wie der des durchschnittlichen Fabrikarbeiters. Ein Streik der Hafenarbeiter vermag Puerto Ricos Handel lahmzulegen; daher ihre strategisch günstige Lage. Aber die Tatsache, daß sie solche Löhne erlangt haben, wirkt als Ziel und Antrieb für die übrige Arbeiterschaft der Insel.

Die Hafenarbeitergewerkschaft ist auch bezeichnend für die Sauberkeit der portoricanischen Gewerkschaftsbewegung. Als 1953/54 die AFL die von Gangstern dominierte Hafenarbeitergewerkschaft ILA (deren Zustände der Film «Die Faust im Nacken» realistisch schilderte) durch eine neue, saubere und demokratisch geleitete Organisation ersetzen wollte, schlug dieser Versuch in Neuyork und anderen Häfen der Ostküste fehl; nur in Puerto Rico war er durchaus erfolgreich. Die 6400 portoricanischen Hafenarbeiter warfen die ILA hinaus und traten der neuen IBL bei, deren stärkste Sektion sie bilden.

Im März 1957 eröffnete die Seeleutegewerkschaft (SIU) ein Büro in San Juan und begann, auch andere Transportarbeiter zu organisieren, vor allem die Lastwagenfahrer, die wie die Hafenarbeiter über eine strategische Schlüsselstellung verfügen, da innerhalb der Insel die meisten Warentransporte mit Lastautos vorgenommen werden. Die SIU führte einen siegreichen Streik gegen eine der wichtigsten Lasttransportgesellschaften Puerto Ricos, die Valencia Service Company, die nach 13 Wochen ein Abkommen mit der Gewerkschaft unterzeichnete, in welchem sie sich als erstes Transportunternehmen Puerto Ricos verpflichtete, keine Waren von Fabriken zu transportieren, in denen ein Streik herrscht. Die «Business Week» weist mit Recht darauf hin, die Fähigkeit der Unternehmer, Streiks zu brechen, werde drastisch vermindert werden, wenn es der SIU gelingt, auch von anderen Transportfirmen Abkommen dieser Art zu erlangen.

Die enge Zusammenarbeit zwischen portoricanischen und nordamerikanischen Gewerkschaftern ist äußerst bedeutsam für die Weiterentwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Puerto Rico. Diese übt schon durch ihre Vertreter in den Ausschüssen, welche die Mindestlöhne für Puerto Ricos Industrien festlegen, einen nicht zu verkennenden Einfluß aus. Gewiß ist das Wachsen der Gewerkschaften in manchen Sektoren langsamer, zum Beispiel in der wichtigen Elektroindustrie, wo bis jetzt nur zwei von 48 Fabriken gewerkschaftlich organisiert sind, und in der Industrie für plastische Materialien, wo das bei nur einer von 16 Fabriken der Fall ist; aber es wäre ein schwerer Irrtum, die Bedeutung der Gewerkschaften in Puerto Rico danach einzuschätzen. Erstens ist ja die Entwicklung im Fluß und wird sicherlich auch in diesen Sektoren das Anfangsstadium hinter sich lassen, da die von den Gewerkschaften in anderen Industrien und in den Mindestlohnausschüssen errungenen Vorteile für sich sprechen.

Zweitens steht überhaupt der wirtschaftliche Aufbau Puerto Ricos (mit Hilfe der von *Teodore Moscoso* geleiteten Behörde für wirtschaftliche Entwicklung) im Zeichen einer fortschrittlichen Sozialpolitik, eines vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen der Regierung Muñoz-Marín und den Gewerkschaften, denen eine große Aufgabe zugewiesen ist. Der Gouverneur hat von Anfang an die In-

dustrialisierung als Mittel zur Hebung von Volkswohl und Menschenwürde betrachtet und dementsprechend eine Industrialisierung unter den bestmöglichen Arbeitsbedingungen und im Bund mit einer freien Arbeiterbewegung erstrebt. Und so ist innerhalb von zehn Jahren in dem kleinen, früher unterentwickelten Land Puerto Rico eine gewaltige Friedensleistung vollbracht worden. *Peter Bloch, Neuyork*

Kongreß der UIL in Florenz

Am dritten Landeskongreß der UIL (Unione Italiana del Lavoro), der republikanisch-sozialistischen Gewerkschaftsorganisation Italiens, der vom 9. bis zum 12. Februar in Florenz stattgefunden hat und an an dem der Schweizerische Gewerkschaftsbund durch die Kollegen Giacomo Bernasconi und Domenico Visani vertreten war, zeigte sich, daß diese Schwesterorganisation in den letzten Jahren einen vielversprechenden Aufschwung genommen hat. Ihre Mitgliederzahl ist seit dem zweiten Landeskongreß, der 1953 in Rom tagte, von 492 279 auf 1 056 325 im September 1957 angestiegen, was einem Zuwachs um 564 050 Mitglieder, oder einer Vermehrung um 114,58 Prozent gleichkommt.

Diese Zahlen zeigen, daß die UIL ihre Anfangsschwierigkeiten überwunden und den Widerstand, der ihr in Italien von den beiden größeren Gewerkschaftsbünden entgegengesetzt wurde, gebrochen hat. Am Kongreß in Florenz wurde darauf hingewiesen, daß von außen ein erheblicher Druck ausgeübt wurde, um eine, nach Meinung der UIL, verfrühte Fusion der beiden demokratischen Organisationen zu erzwingen, die sich 1948 nach dem Austritt der Christdemokraten, der Sozialisten und der Republikaner aus der von kommunistischen Elementen beherrschten CGIL gebildet hatten, und wie als Reaktion auf diesen Druck die UIL ins Leben gerufen worden ist. Das damals herrschende Klima hat zum großen Teil den Zusammenschluß der beiden Organisationen verunmöglicht, und es scheint, daß er auch heute noch schwer zu verwirklichen ist, obschon er seinerzeit die Bedingung für die Aufnahme der UIL in den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) war, als der Christliche Gewerkschaftsbund (CISL), unter Giulio Pastore, ihm schon angehörte. Zwar spürt die Schicht, die in Italien das Wirtschaftsleben beherrscht, die Zersplitterung der Arbeiter in verschiedene Organisationen kaum. Ein Delegierter führte zum Beispiel aus, daß in einem Betrieb, in dem die Belegschaft gegen die Entlassung von über hundert Arbeitern protestierte, und dessen Direktion die demokratischen Organisationen mit dem Argument zu beschwichtigen suchte, es würden nur Kommunisten entlassen, die Arbeiter sich einhellig gegen eine derartige politische Diskrimination auflehnten.